



Die Finanz frisst unser Lohnplus

- **Wir wollen mehr vom Kuchen**

Kampf gegen schleichende Steuererhöhung

- **Rasche Steuersenkung ist machbar**

PRO-GE fordert fairen Beitrag der Reichen

Inhalt:



WIR WOLLEN MEHR NETTO VOM BRUTTO!

Durch die kalte Progression steigt die Steuerbelastung für ArbeitnehmerInnen jedes Jahr still und leise an. Die Lohnsteuer wird 2014 erstmals mehr zum Staatshaushalt beitragen als die Umsatzsteuer. Höchste Zeit also für eine spürbare Lohnsteuersenkung. Und die geht sich trotz angespannter Budgetsituation aus: Indem über eine Millionärssteuer jene mitzahlen, die die Wirtschafts- und Bankenkrise mitverursacht haben.

Seiten 4 bis 7

ÄRGER FÜR PENDLERINNEN

Die Ergebnisse des Pendlerrechners des Finanzministeriums sind leider nicht immer alltagstauglich. Das ist vor allem deshalb ärgerlich, weil der Rechner nicht praktisches Service, sondern für alle BezieherInnen von Pendlerpauschale und Pendlereuro Pflicht ist.

Seite 11

EU-WAHL 25. MAI 2014

Im Interview erklärt Gewerkschafterin und EU-Abgeordnete Evelyn Regner, warum man sich den 25. Mai im Kalender anstreichen sollte, was im EU-Parlament für ArbeitnehmerInnen erreicht worden ist und warum die EU mit Sparpolitik die Krise nicht überwinden wird.

Seiten 16 und 17

FRÜHJAHRSLOHNRUNDE 2014

Die Frühjahrslohnrunde für 120.000 Beschäftigte ist in vollem Gange. Für Elektro-/Elektronikindustrie und Chemische Industrie haben PRO-GE und GPA-djp schon Abschlüsse erzielt. In der Papierindustrie steuern die Verhandlungen hingegen auf einen Konflikt zu.

Seiten 12 und 13

GUTE SICHT DANK TECHNOGLAS

Schon vor dreitausend Jahren wurde in der Weststeiermark Glas hergestellt. Auf einem ganz anderen technologischen Stand fertigen die 160 Beschäftigten von Technoglas in Voitsberg heute Streuscheiben für Autoscheinwerfer. Die „Glück auf!“ hat sie besucht.

Seiten 14 und 15

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Dietmar Meister. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Robert Witek, Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Fotolia, Gastein Tourismus, Jack Hollingsworth, Lisa Lux. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 12. September 2014.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Ungustl des Monats

Dass er sein Geld gern in Sportwagen und Immobilien investiert, sei „Privatsache“. Lieber spricht er über den „verschwenderischen Umgang“ eines Angestellten, der seine Erdbeeren mit Staubzucker aus dem Firmenvorrat versüßt hat. Dass der verwendete Zucker keine zehn Cent wert ist, spielt für den Restaurantbesitzer keine Rolle. Für wichtig hält er hingegen den Hinweis, dass der Entlassene ein Slowake sei, der „lediglich zu Arbeitszwecken temporär nach Österreich kommt“. Offensichtlich glaubt der Nobelwirt, ein Slowake habe weniger Respekt verdient als ein Österreicher. Arbeitnehmerrechte spielen für ihn sowieso keine Rolle: Lehrlinge nannte er einmal „unbrauchbare Analphabeten“, einen Abwäscher hat er mit den Worten „Raus, auf Wiederschauen“ entlassen, weil ihm dieser zu viel gelacht hat. Wiederholt klagt er, wie schwierig es sei, Mitarbeiter zu finden. Warum wohl, Herr Plachutta?

KURZ NOTIERT

Weniger Arbeitsunfälle in Österreich

Nach Angaben der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) ging die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz im Vergleich zum Jahr davor um 2.363 auf 93.877 zurück. Am Weg in den Job wurden 11.957 ArbeitnehmerInnen verletzt. Insgesamt wurden 2013 von der AUVA 159.317 Arbeits- und Ausbildungsunfälle sowie 1.327 Berufskrankheiten anerkannt.



Reiche werden vermögender

Nicht ganz unerwartet bestätigt ein OECD-Bericht, dass in den vergangenen 30 Jahren die Reichsten in den meisten Industriestaaten noch vermögender geworden sind. Das reichste Prozent der Bevölkerung hat seinen Anteil am Gesamteinkommen deutlich vergrößert: In den USA hat sich sein Einkommensanteil seit 1980 mehr als verdoppelt und erreichte 2012 rund 20 Prozent des Gesamteinkommens, so die OECD. Sogar in Ländern, die eine Tradition der ausgeglicheneren Einkommensverteilung hätten, wie Finnland, Norwegen und Schweden, sei der Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Gesamteinkommen gestiegen.



„Fair Play für Forstfacharbeit“

Graz, 11. Juni: Betriebsräte informieren gemeinsam mit der Gewerkschaft PRO-GE am Grazer Waldfest unter dem Motto „Fair Play für Forstfacharbeit“ über Arbeitsbedingungen, Lehrberuf, Arbeitssicherheit und Entlohnung in der Forstarbeit.

Streik in China

Ein Massenstreik beim chinesischen Adidas- und Nike-Schuhlieferanten Yue Yuen Industrial setzt die Unternehmen unter Druck. Die Streikenden kämpfen für höhere Sozialbeiträge des Unternehmens, denn dem Konzern wird vorgehalten, über Jahre zu wenig Geld in Sozialfonds und für Wohnzuschüsse eingezahlt zu haben. ArbeitnehmervertreterInnen zufolge handelt es sich um den größten Streik in China seit geraumer Zeit. Auf dem riesigen Werksgelände in Guangdong seien zehntausende Beschäftigte am Streik beteiligt.

Pleiten wegen Managementfehlern

Laut einem aktuellen Bericht des Kreditschutzverbands (KSV) waren im Vorjahr Managementfehler mit 71 Prozent die häufigste Ursache für Firmenpleiten in Österreich. Demgegenüber gab es nur in 19 Prozent der Fälle externe Auslöser wie eine geänderte Marktlage oder Krankheit. Insgesamt wurden 2013 über 3.266 Unternehmen in Österreich Insolvenzverfahren eröffnet.



Mathias Beer
Chefredakteur

In dieser Ausgabe liegt der Schwerpunkt auf dem lieben Geld. Plus: Auf PRO-GE Mitglieder warten im Juni sensationelle Urlaubsangebote.

Cool bleiben

Die PRO-GE Frauen sorgen für frischen Wind in der Debatte um die sechste Urlaubswoche und verlangen, dass eine Änderung im Urlaubsgesetz die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln sollte. Ein neuer Fächer - für hoffentlich heiße Sommertage - unterstützt die Kampagne. Bestellinfos auf **Seite 18**

Erkennen

Nicht verunsichern lassen: Ein neuer Einladungsbrief ersetzt die ärztliche Zuweisung bei der Brustkrebs-Früherkennung. Frauen zwischen 45 und 69 Jahren erhalten nun alle zwei Jahre automatisch eine Einladung zur Früherkennungs-Mammografie per Post. Frauen zwischen 40 und 44 Jahren sowie zwischen 70 und 74 Jahren können unter der Service-Hotline 0800 500 181 eine Untersuchung beantragen. **Seite 18**

Unterschreiben

Die sogenannte kalte Progression lässt die Belastung der Arbeitseinkommen überdurchschnittlich stark ansteigen. Die PRO-GE fordert daher eine rasche Steuerreform, die garantiert, dass netto vom Brutto wieder mehr bleibt. Für eine rasche Umsetzung ist eine Gegenfinanzierung notwendig: Die Millionärssteuer. Auch die Gewerkschaftsjugend fordert eine Vermögenssteuer und startete eine Petition, um gegen die Sparpläne im Bildungsbereich aufzutreten. **Seite 19**

Buchen

Neben dem PRO-GE-Top-Angebot für Familien im Hotel Bad Hofgastein (Salzburg) - **Seite 22**, bietet in dieser Ausgabe auch das Falkensteiner Balance Resort in Stegersbach (Burgenland) exklusiv für Mitglieder verschiedene Summerspecials an. Für die Begleitperson ist die Nächtigung in Stegersbach gratis! **Seite 10**

Gewinnen

Der Rätselpreis in dieser Ausgabe ist ein hochwertiger Reisetrolley. Also viel Spaß beim Lesen und Lösen des Gewinnspiels sowie viel Glück für die Gewinnziehung. **Seite 23**

Die nächste Ausgabe der Glück auf! erscheint wie gewohnt im Oktober mit den aktuellen Neuigkeiten zur Herbstlohnrunde.

„Lohnsteuersenkung rasch umsetzen“

Die PRO-GE fordert: Arbeit entlasten und Millionäre fair besteuern. Bundesvorsitzender Rainer Wimmer weist im Gespräch mit der „Glück auf!“ auf die Notwendigkeit einer raschen Lohnsteuersenkung hin. Sie ist machbar, auch in schwierigen Budgetzeiten.

Glück auf!: Die Bundesregierung hat Ende April das Doppelbudget für 2014 und 2015 beschlossen. Der Finanzminister sprach von einer Trendwende, sieht aber zurzeit keinen Spielraum für eine Steuerreform. Wie sieht das die Gewerkschaft?

Rainer Wimmer: Wir haben eine riesige Schieflage im Steuersystem. Die ArbeitnehmerInnen in diesem Land tragen die Hauptlast an Steuern und Gebühren. Allein die Lohnsteuerbelastung ist für viele Menschen unerträglich geworden, während sich gleichzeitig viele Reiche ins Fäustchen lachen. Große Vermögen werden fast gar nicht besteuert. Das muss sich endlich ändern.

Also mehr netto vom Bruttolohn?

Ja, denn obwohl die Gewerkschaften und Betriebsrätinnen und Betriebsräte jedes Jahr gute Lohnsteigerungen erkämpfen, die oft deutlich über der Inflationsrate liegen, bleibt den Menschen nur wenig mehr Geld in der Tasche. Wir fordern daher eine rasche Steuerreform, damit die jährlichen Lohner-

höhungen auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen und nicht nur beim Finanzminister. So ist etwa der Eingangssteuersatz mit 36,5 Prozent viel zu hoch und muss deutlich gesenkt werden.

Welche Rolle spielt die kalte Progression?

Auch diese schleichende Steuererhöhung ist ein Problem. Das brennt den Menschen unter den Fingernägeln. Wir erkämpfen jedes Jahr Lohnsteigerungen, die für die Lohnsteuer maßgeblichen Einkommensgrenzen aber bleiben gleich. Damit rücken immer mehr ArbeitnehmerInnen in höhere Steuerklassen vor und der Finanzminister kann sich ganz ohne Steuererhöhung über ein beachtliches Körbergeld freuen. Daher fordern wir auch eine jährliche Anhebung der Einkommensgrenzen für die Lohnsteuer, um die kalte Progression abzuschaffen.

Einige sagen aber, dass der Spielraum für eine Steuerreform nicht gegeben ist. Allen voran der Finanzminister, der erst nach 2016 etwas tun will. Zu spät für die PRO-GE?

Es ist klar, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung passen muss. Aber eine Steuersen-

kung ist machbar, und zwar schon vor 2016. Wir brauchen schlicht eine Gegenfinanzierung, und da bietet sich die Besteuerung von großen Vermögen an. Hier muss man klar und deutlich kommunizieren: Es geht nicht um die Besteuerung der Eigentumswohnung oder des Sparbuchs. Es geht um jene, die sehr, sehr viel haben. Von denen wollen wir einen fairen Beitrag einfordern.

Eine rasche Reform geht also nur mit einer Gegenfinanzierung?

Ja. Österreich ist bei Vermögenssteuern Schlusslicht in Europa, bei lohnabhängigen Steuern aber im Spitzenfeld. Es gibt also großes Verteilungspotenzial. Um ArbeitnehmerInnen endlich entlasten zu können, brauchen wir nur einen gerechten Anteil der wirklich Reichen.

Wirtschaftskammer und Industrie sind strikt gegen eine Vermögenssteuer und sehen die Wirtschaft gefährdet. Trifft das zu?

Eine, ich nenne sie mal Millionärssteuer, sorgt dafür, dass Vermögen nicht gehortet, sondern investiert werden. Das heißt, höhere Steuern auf Vermögen bremsen das Wirtschaftswachstum nicht, wenn sie sinnvoll verwendet werden. Niedrigere Abgaben auf Arbeit und bessere staatliche Leistungen

» Lohnsteuersenkung die beste Offensivmaßnahme «

» Steuersenkung ist machbar «

ermöglichen erst ein höheres Wohlstands- und Beschäftigungsniveau. Zudem belegen mehrere Studien, dass Reichtum in den Händen einiger weniger konzentriert ist. Die Mehrheit hat schlichtweg kein Eigentum, das für eine Millionärssteuer infrage kommt.

Eine Form der Kaufkraftstärkung?

Die Kaufkraft steigt insgesamt nur wenig an. Eine Stärkung ist notwendig. Mit einer Lohnsteuersenkung hätten die ArbeitnehmerInnen mehr Geld zur Verfügung. Und wir wissen, dass Menschen mit geringem Einkommen nicht die Möglichkeit haben, zu sparen, sondern gezwungen sind, jeden zusätzlichen Euro wieder auszugeben.

Wie könnte ein Steuerreform-Fahrplan ausschauen?

Wir wollen, dass bis Jahresende ein Steuerkonzept erarbeitet wird und erste Maßnahmen bereits 2015 greifen können. Wir wollen, dass die LohnsteuerzahlerInnen entlastet werden. Dafür werden wir massiv Druck machen und Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind der Meinung, dass eine Steuerreform inklusive Vermögenssteuer und Lohnsteuersenkung die beste Offensivmaßnahme ist, um die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen sowie Pensionistinnen und Pensionisten zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und den Staatshaushalt zu stabilisieren.





Kalte Progression

Wenig Netto vom Brutto

Steuern und Inflation fressen einen guten Teil der oft hart erkämpften Lohnerhöhungen auf. ÖGB und Gewerkschaften fordern, dass die Einkommenssteuersätze angepasst werden.

3,4 Millionen Frauen und Männer, die für ihre harte Arbeit Geld bekommen, sind zumeist auch brave LohnsteuerzahlerInnen. Allerdings bleibt nach Abzug der Steuer netto we-

nig vom Bruttolohn. Viele ArbeitnehmerInnen spüren, dass sie sich Jahr für Jahr weniger leisten können. Neben steigenden Preisen (von der Miete bis zum täglichen Einkauf) ist es die sogenannte kalte Progression, die das Geldbörstel belastet. Dies bedeutet: Die Gewerkschaften verhandeln zwar jedes Jahr Lohnerhöhungen für die ArbeitnehmerInnen, die für die Lohnsteuer maßgeblichen Einkommensgrenzen bleiben aber gleich. Damit rücken immer mehr ArbeitnehmerInnen in höhere Steuerklassen vor und zahlen mehr Steuern.

Der Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), Christian Keuschnigg, plädiert daher dafür, die kalte Progression abzuschaffen

– und zwar, indem die Einkommensgrenzen für die Lohnsteuer jedes Jahr angehoben werden. „Die kalte Progression bedeutet eine Steuererhöhung ohne Parlamentsbeschluss“, kritisiert Keuschnigg.

Steuerreform. Die PRO-GE drängt auf eine möglichst rasche Senkung. Zum einen muss es eine flachere Steuerprogression geben, zum anderen herrscht beim Eingangsteuersatz – der ersten Stufe im Steuersystem – akuter Handlungsbedarf. Dieser beträgt für Jahreseinkommen zwischen 11.000 und 25.000 Euro 36,5 Prozent. Österreich ist mit diesem hohen Satz europaweit hinter Schweden und Dänemark an dritter Stelle.

So belasten die Lohnsteuer und die kalte Progression das Einkommen

Modellrechnungen: zwei Beispiele; die angenommene Lohnerhöhung beträgt 2,8 Prozent, die Inflationsrate liegt bei 2 Prozent.

1) Facharbeiter: monatlich brutto 2.800 Euro		
	2013	2014
Brutto	2.800,00	2.878,40
SV-Beiträge	509,60	523,87
Lohnsteuer	479,65	507,36
Netto	1.810,75	1.847,17
Brutto +		78,40
Netto +		36,42
kalte Progression		10,21

2) Verkäuferin: monatlich brutto 1.400 Euro		
	2013	2014
Brutto	1.400,00	1.439,20
SV-Beiträge	238,98	245,67
Lohnsteuer	54,60	66,47
Netto	1.106,42	1.127,06
Brutto +		39,20
Netto +		20,64
kalte Progression		7,39

Gerechteres Steuersystem

Arbeit entlasten, Reiche besteuern



Eine spürbare Lohnsteuersenkung ist machbar. Es ist aber eine Gegenfinanzierung über eine Millionärssteuer notwendig.

Sobald das Wort Vermögenssteuer auftaucht, wird den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingeredet, dass damit der Wirtschaftsstandort Österreich gefährdet würde und die sogenannten Häuslbauer belastet würden. Die Argumente sind aus der Luft gegriffen, schließlich geht es nicht um Betriebsvermögen, son-

dern um sehr hohe private Vermögen, und außerdem ist die hohe Belastung der Arbeit mindestens genauso gefährdend für den Wirtschaftsstandort, behindert sie doch Beschäftigung und Konsum.

Österreich braucht eine Steuerreform. Bei der Besteuerung von Arbeit rangiert Österreich EU-weit auf einem Spitzenplatz, bei

der Besteuerung von Vermögen sind wir mit 1,2 Prozent internationales Schlusslicht. „Die ArbeitnehmerInnen finanzieren den Sozialstaat und die wenigen Reichen, die von einem funktionierenden Sozialstaat in hohem Ausmaß profitieren, tragen viel zu wenig bei. Diese Schieflage muss beseitigt werden“, sagt PRO-GE Chef Rainer Wimmer.

Spielraum für Lohnsteuersenkung. Eine Vermögenssteuer könnte je nach Modell zwischen zwei und fünf Milliarden Euro an Einnahmen bringen. Das geht aus einer von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebenen Studie der Johannes Kepler Universität Linz hervor. Die Berechnungen wurden auf Basis der 2013 präsentierten Studie „Vermögen in Österreich“ erstellt. Diese kam zu dem Schluss, dass vermögende Haushalte in Österreich viel mehr besitzen als bisher angenommen. Der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen liege demnach bei 37 Prozent. Das gesamte Nettovermögen Privater wurde auf rund 1,25 Billionen Euro geschätzt.

Damit ist der Spielraum für die Einführung einer Lohnsteuersenkung gegeben. Wichtig: Die große Masse der österreichischen Bevölkerung wäre von der Millionärssteuer nicht betroffen, sondern nur die reichsten fünf Prozent, die im Schnitt über ein Vermögen von einer Million Euro netto verfügen.

ONLINE-RECHNER

Klarheit schaffen

Wer müsste eine neue Vermögenssteuer zahlen? Einige sind verunsichert und bangen, dass sie für das hart erarbeitete Sparvermögen plötzlich Reichensteuer zahlen sollen. Dies ist unbegründet, denn die Steuer-Freibeträge wären so hoch angesetzt, dass nur wirklich Reiche davon betroffen wären. Wer wissen will, ob er/sie reich ist bzw. wie lange man sparen muss, um eine Millionärssteuer zu zahlen, kann dies einfach online mit dem Reichensteuer-Rechner der PRO-GE berechnen.

Direkt aufrufbar unter:

web.proge.at/reichensteuer

BetriebsrätInnen-Befragung zur Leiharbeit

Das neue AÜG im Praxistest

Seit 1. Jänner 2013 gelten neue Regeln für die Arbeitskräfteüberlassung. Doch wie hat sich die Gesetzesänderung in der Praxis ausgewirkt?

Bereits vor der Überarbeitung des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes (AÜG) haben AK Wien und PRO-GE BetriebsrätInnen und Betriebsräte über den Umgang mit LeiharbeiterInnen und Leiharbeitern in ihren Betrieben befragt. Fazit damals: Die von der PRO-GE vorangetriebenen Maßnahmen setzen an den richtigen Stellen an. Nun wurde die Befragung wiederholt, um in einer ersten Zwischenbilanz herauszufinden, ob das neue Gesetz Wirkung zeigt. Der Vergleich zeigt: In allen abgefragten Bereichen sind Verbesserungen zu verzeichnen.

Kein Grund, locker zu lassen. Allerdings: Das Ziel der Gleichstellung ist näher gerückt, aber noch lange nicht erreicht. PRO-GE und Arbeiterkammer fordern daher noch weitergehende Maßnahmen. Thomas Grammelhofer, PRO-GE Branchensekretär für die Arbeitskräfteüberlassung, sieht im Umfrageergebnis jedenfalls Grund für Optimismus: „In jedem Bereich sind die Betriebe, in denen Gleichstellung tägliche Praxis ist, mehr geworden. Das beweist: Gleichstellung von überlassenen Arbeitskräften ist machbar!“

Die Forderungen der PRO-GE:

Anspruch auf Übernahme

Verpflichtendes Angebot zur Übernahme in die Stammbesellschaft des Beschäftigterbetriebs nach einer Überlassungsdauer von sechs Monaten.

LeiharbeiterInnenanteil beschränken

Begrenzung des Anteils der LeiharbeiterInnen in einem Betrieb mit zehn Prozent der Belegschaft.

Transparenz in den Jahresabschlüssen

Schluss mit der Verbuchung von LeiharbeiterInnen und Leiharbeitern als „Sachkosten“. Leiharbeit darf nicht zu Lasten der Stammbesellschaft für eine vermeintliche Reduktion der Personalkosten missbraucht werden.

Synchronisationsverbot bei Einsatzende

Verbot der einvernehmlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Überlassungsende, außer ein neues Arbeitsverhältnis bei einem anderen Arbeitgeber wird unmittelbar danach begründet.

Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen

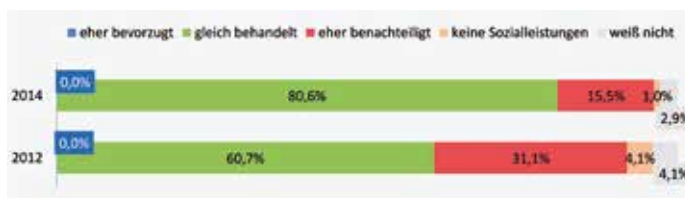
Arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen sowie gewerbeerrechtliche Vorgaben müssen auch überprüft werden. Nur so kann die Einhaltung des gesetzlichen Gleichbehandlungsgebots gewährleistet werden.

Wie werden Zeitarbeitskräfte gemäß Kollektivvertrag ihres Betriebes/ Unternehmens verglichen mit der Stammbesellschaft eingestuft?



Mehr Transparenz sollte Einkommensdiskriminierung entgegenwirken. Tatsächlich stieg der Anteil der Betriebe, in denen bei der KV-Einstufung Gleichbehandlung herrscht, von 61 auf über 66 Prozent. Bei den Ist-Löhnen ist eine Steigerung von 43 auf 51 Prozent feststellbar. Aber: Nach wie vor stuft jeder vierte Betrieb LeiharbeiterInnen nicht korrekt ein!

Wie werden ZeitarbeitnehmerInnen bei Spezialleistungen bzw. Gemeinschaftseinrichtungen im Vergleich zur Stammbesellschaft behandelt?



Bei der Gleichstellung bei Sozialleistungen zeigt sich die Auswirkung des neuen AÜG mit einem Anstieg von 20 Prozentpunkten am deutlichsten. Aufgrund der eindeutigen Gesetzesvorgaben ist allerdings der Nachholbedarf bei immerhin noch 16 Prozent der Betriebe am wenigsten erklärbar.

Werden Zeitarbeitskräfte bei betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen im Vergleich zur Stammbesellschaft ...?



Sowohl Überlasser als auch Beschäftigterbetrieb sind jetzt verpflichtet, Aus- und Weiterbildung von LeiharbeiterInnen und -arbeitnehmern zu fördern. Obwohl auch hier Verbesserungen erzielt wurden, bleibt die Weiterbildung Problemfeld Nummer eins: In fast der Hälfte der Betriebe sind LeiharbeiterInnen weiterhin benachteiligt.

Kampagne

Niedriglöhne schmecken nicht

Fair produzierte Schokolade ist immer noch Mangelware. Deshalb machen Südwind, PRO-GE, VKI und Greenpeace mit der Kampagne „Make Chocolate Fair!“ erneut Druck auf die Unternehmen und fordern bessere Arbeitsbedingungen sowie die Verwendung von Sozialsiegeln.

LINKTIPP:

Petition unterzeichnen auf www.makechocolatefair.org

Fünf Konzerne beherrschen den weltweiten Kakaomarkt. Auf ihren Kakaoplantagen in Ghana und der Elfenbeinküste arbeiten über zwei Millionen Kinder, jedes Zehnte von ihnen unter sklavenähnlichen Bedingungen. LohnarbeiterInnen auf den Plantagen müssen sich oft menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden

Arbeitsbedingungen unterwerfen. Doch auch am Ende der Produktionskette, in der europäischen Schokoladenindustrie, ist prekäre Arbeit weit verbreitet – in Form von Leiharbeit, Werkverträgen, Niedriglöhnen und befristeten Arbeitsverhältnissen.

Faire Preise und gerechte Löhne. Mit der Kampagne „Make Chocolate Fair!“ will die PRO-GE gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen die Ausbeutung in der Schokoladenproduktion stoppen. „Wir Gewerkschaften fordern faire Arbeit und soziale Mindeststandards sowie deren Dokumentation in einem Sozialsiegel“, betont PRO-GE Branchensekretär Gerhard Riess. Faire Preise für Kakao-Produzentinnen und -produzenten sowie gerechte Löhne tragen dazu bei, der finanziellen Spekulation im Kakaosektor entgegenzutreten, und schaffen mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze in Europa.

Bioprodukte mit FAIRTRADE-Siegel. Derzeit sind nur fünf Prozent der Schokoladenprodukte im österreichischen Handel so zertifiziert, dass man Ausbeutung und soziale Missstände



Wer faire Schokolade kaufen will, sollte auf die Gütesiegel achten.

de in der Produktion ausschließen kann. Zwar gibt es mittlerweile eine Vielzahl an Gütesiegeln und Auslobungen, die mit Begriffen wie „nachhaltig“, „umweltfreundlich“ oder auch „regional“ werben, diese sind aber gesetzlich nicht an die Einhaltung bestimmter Bedingungen geknüpft. Wer Schokolade mit gutem Gewissen kaufen und genießen will, muss zu Bio-Produkten mit FAIRTRADE-Siegel greifen – und die Kampagne unterstützen.

Bürgerinitiative

Schluss mit Unterbezahlung!

LINKTIPP:

Bürgerinitiative unterstützen auf <http://www.parlament.gv.at/PAKT/BB/>

Einige Unternehmen zahlen ihren Beschäftigten weniger Lohn bzw. Gehalt, weniger Überstunden und weniger Zulagen aus, als ihnen laut Kollektivvertrag zustehen. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen wissen oft nichts davon. Wenn bei einer Betriebsprüfung eine Unterentlohnung festgestellt wird, dürfen sie nach derzeitiger Rechtslage nämlich nicht einmal darüber informiert werden. Anfang März hatten ÖGB und AK Oberösterreich deshalb die parlamentarische Bürgerinitiative für eine Informationspflicht bei Unterbezahlung und die Verlängerung der Verfallsfristen für nichtbezahlte Ansprüche gestartet.

Bereits 23.000 Unterschriften. Nun befasst sich im Nationalrat der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen mit dem Anliegen. Indes werden weiterhin Unterschriften gesammelt.

Mit Anfang Mai haben bereits mehr als 23.000 Menschen unterzeichnet, darunter die Nationalratspräsidentin selbst. „Je mehr Menschen an unserer Bürgerinitiative teilnehmen, desto eher werden wir die gewünschten Gesetzesänderungen erreichen“, sagt der oberösterreichische ÖGB-Landesvorsitzende Johann Kalliauer.



Die ersten Unterschriften wurden bereits an die Nationalratspräsidentin übergeben.



EGB-Demo: Ein neuer Weg für Europa

Rund 50.000 GewerkschafterInnen aus 21 Ländern haben Anfang April in Brüssel für einen „neuen Weg für Europa“ demonstriert, darunter auch eine Delegation der PRO-GE. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert ein Ende des unsozialen Sparzwanges und stattdessen Investitionen in Wachstum und Beschäftigung.

Mehr Bilder auf www.flickr.com/proge

Topangebote für Mitglieder



Mit der PRO-GE Card erhalten Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen und Angebote rund um Auto, Bildung, Gesundheit, Kultur, Urlaub und vieles mehr in ganz Österreich.

Summerspecial im Falkensteiner Balance Resort, 7551 Stegersbach

Für Privataufenthalte im Falkensteiner Balance Resort in der Zeit vom 1. Juni bis 6. Juni, 10. Juni bis 19. Juni sowie 23. Juni bis 6. Juli 2014 erhält die Begleitperson des PRO-GE Mitgliedes die Nächtigung kostenfrei!

Alle Angebote unter www.proge.at/card

Die PRO-GE am „fairERleben“-Genussmarkt



FAIRTRADE Österreich und die Wiener Umweltschutzabteilung luden Ende April unter dem Motto „Fair erleben – fairer leben“ zum Genussmarkt ins Wiener Rathaus. Der Genussmarkt bot einen kompakten Querschnitt durch die mittlerweile breite Palette an fairen und nachhaltigen Produkten.

Die Gewerkschaft PRO-GE präsentierte auf dem Genussmarkt ihr Kakaoprojekt und bot an ihrer „Schokoladestation“ Einblicke in die faire Pralinenproduktion.

www.fairtrade.at/fairerleben



NACHHALTIG LEBEN

Bewusst kaufen, sinnvoll nutzen. Alternativen zum Wegwerfen

Durch das eigene Konsumverhalten einen Beitrag zu einer „besseren“ Welt zu leisten, ist der Wunsch vieler Konsumentinnen und Konsumenten. Umfragen besagen, dass über die Hälfte der VerbraucherInnen an nachhaltigem Konsum interessiert sind – allerdings geben nur zehn Prozent der Befragten an, dass sie dieses Anliegen auch in der Praxis umsetzen. Das Buch zeigt, welche Möglichkeiten bestehen, durch bewussten Konsum und Lebensstil einen Beitrag für die Umwelt und für faire Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern zu leisten.

Susanne Wolf, *Nachhaltig leben*, 160 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-99013-028-5

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at oder über den Themenshop des ÖGB-Verlags www.besserewelt.at

BUCHTIPP

AKTUELL



Billigstanbieter vernichten Arbeitsplätze

Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte die neue Sozialpartner-Initiative „Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!“ ihren Forderungskatalog. Die Vergaben sollen sich am Bestbieterprinzip statt dem Billigstbieterprinzip orientieren.

Aktuell akzeptieren ausschreibende Stellen Subvergaben an dubiose Firmen, obwohl nachweisliche Vergehen im Bereich Lohn- und Sozialdumping vorliegen. Die Folgen: Die Wertschöpfung geht verloren, Arbeitsplätze in Österreich werden vernichtet und das heimische Ausbildungssystem wird gefährdet.

Mehr unter www.faire-vergaben.at



Pendeln 2014

Wie PendlerInnen zu ihrem Geld kommen

Seit Jahresbeginn gilt für PendlerInnen eine neue Regelung: Der Pendlerrechner-Ausdruck ersetzt das bisherige Antragsformular L34. Was auf den ersten Blick unbedeutend wirkt, zieht in der Praxis schwerwiegende Konsequenzen nach sich. Der neue Online-Rechner ist nämlich alles andere als fehlerfrei, seine Ergebnisse gelten trotzdem.

Der vom Finanzministerium eingeführte Pendlerrechner ist so programmiert, dass er – je nach eingegebener Arbeitszeit – die schnellstmögliche Verbindung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte findet. Dass die vom Computerprogramm berechnete Wegstrecke nicht immer die vernünftigste ist und oft weit von der Alltagsrealität entfernt ist, zeigen zahlreiche Beispiele. So wurden bereits mehrere Fälle berichtet, in denen der Rechner annimmt, dass PendlerInnen über Privatstraßen in die Arbeit fahren, deren Benutzung in Wirklichkeit verboten ist. Andere würden laut Programm täglich eine Fähre nehmen, die gar nicht in Betrieb ist, oder sogar durch eine militärische Sperrzone zum Arbeitsplatz fahren. Zudem entstehen häufig Fehler, weil der Rechner davon ausgeht, dass alle PendlerInnen über ein eigenes Auto verfügen.

Falsche Route – weniger Geld. Durch die mangelhafte Berechnungsmethode verkürzen sich viele Wegstrecken. Dies wiederum führt häufig dazu, dass PendlerInnen weniger Geld bekommen als bisher oder ihren Anspruch auf Pendlerpauschale und -euro sogar gänzlich verlieren. Denn die errechnete Wegstrecke – egal ob realistisch oder nicht – ist rechtsverbindliche Entscheidungsgrundlage dafür, ob jemandem Geld fürs Pendeln zusteht oder nicht. Nach zahlreichen Beschwer-

den hat das Finanzministerium die Überarbeitung des Pendlerrechners angekündigt. Es ist anzunehmen, dass der Rechner danach zum Teil andere Ergebnisse auswirft – eine erneute Berechnung in ein paar Monaten kann sich also durchaus lohnen.

Unterstützung durch PRO-GE. Liefert der Rechner ein unrichtiges Ergebnis, sollten PendlerInnen jedenfalls die ihnen tatsächlich zustehende Pauschale im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend machen. Beschwerden von PRO-GE Mitgliedern werden in den Landesorganisationen gesammelt (samt Kopie des Pendlerrechner-Ausdrucks), betroffene Mitglieder erhalten bei Bedarf Unterstützung und Beratung bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung für 2014. Wer Pauschale und Pendlereuro beim Arbeitgeber beantragen will, hat – die Frist wurde kürzlich nach hinten verschoben – bis 30. September 2014 Zeit, den Pendlerrechner-Ausdruck abzugeben.

Mehr Information über Pendlerpauschale und Pendlereuro gibt es auf www.proge.at.

Schritt 1: Auf der Seite des Finanzministeriums Ihre Daten in den Pendlerrechner eingeben (Wohnadresse, Arbeitsplatzadresse usw.): www.bmf.gv.at/pendlerrechner.

Schritt 2: Das Ergebnis des Pendlerrechners (Fahrtstrecke sowie Höhe der Pendlerpauschale und des Pendlereuros) ausdrucken.

Schritt 3:

- Wenn Pendlerpauschale und -euro bei der Lohnauszahlung berücksichtigt werden sollen: den Ausdruck bis spätestens 30. September 2014 beim Arbeitgeber abgeben – auch dann, wenn zuvor bereits das „alte“ Formular L34 abgegeben wurde.
- Wenn Pauschale und Pendlereuro erst im Nachhinein, im Zuge der ArbeitnehmerInnenveranlagung, geltend gemacht werden sollen: den Ausdruck aufbewahren und auf Verlangen dem Finanzamt vorlegen.



KV-Abschluss Elektro- und Elektronikindustrie

Mehr Lohn für 50.000 Beschäftigte

In Österreichs zweitgrößter Industriebranche steigen die Mindestlöhne mit 1. Mai um 2,5 Prozent. Plus: Die innovative Freizeitoption hat sich bewährt und wird auch dieses Jahr wieder angeboten.

Nach drei Verhandlungsrunden konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 7. April 2014 für die rund 50.000 Beschäftigten in der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) einen Abschluss erzielen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter steigen um 2,5 Prozent, Ist-Löhne und -Gehälter werden um 2,35 Prozent erhöht. Die Lehrlingsentschädigungen steigen um 2,5 Prozent.

Erfolgsmodell Freizeitoption. Die EEI war im Vorjahr die erste Branche Österreichs, in der die Ist-Lohn-Erhöhung in nachhaltige Freizeit umgewandelt werden konnte. Das innovative Modell hat die Bewährungsprobe bestanden und wurde im diesjährigen KV-Abschluss erneut vereinbart. Dafür zwingend notwendig ist der Abschluss einer Betriebsvereinbarung. „Das Einkommensplus stärkt die Kaufkraft und die Beschäftigten können mitentscheiden, ob sie kürzer arbeiten, also Geld in nachhaltige Freizeit eintauschen“, stellt PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer fest.

DAS ERGEBNIS IM ÜBERBLICK:

- Kollektivvertragliche Mindestlöhne: +2,5 Prozent
- Neuer Mindestlohn: 1.659,09 Euro
- Ist-Löhne: +2,35 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen: +2,5 Prozent
- Zulagen: +2,35 Prozent
- Aufwandsentschädigungen: +2,0 Prozent
- Verteilungsoption und Einmalzahlungsoption möglich
- Freizeitoption: Umwandlung der Ist-Erhöhung in nachhaltige Freizeit möglich

Geltungsbeginn: 1. Mai 2014

Laufzeit: 12 Monate

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. März:

Feinkostindustrie, Fisch- und Feinkostgewerbe: KV-Löhne +2,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.166,24 Euro, Überzahlungen bleiben in vollem Ausmaß aufrecht.

Geflügelindustrie: KV-Löhne +2,15 Prozent plus Aufrundung auf die nächsten 25 Cent, neuer Mindestlohn 1.366,00 Euro, Dienstalterszulagen in allen Kategorien +2,15 Prozent, Zehrgelder +2,15 Prozent, Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Kürschner- und Gerbergewerbe: KV-Löhne +2,4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.191,62 Euro, Lehrlingsentschädigung +2,4 Prozent, Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,4 Prozent.

Gewerbliche Forstunternehmen: KV-Stundenlöhne Lohngruppen 1 bis 3 +2,2 Prozent, Neugestaltung der Lohngruppen 4 und 5: Erhöhung des Stundenlohnes Lohngruppe 4 auf 9,74 Euro bzw. 12,18 Euro, Lohngruppe 5 auf 11,92 Euro bzw. 14,90 Euro, neuer Mindestlohn 1.400,26 Euro, Motorsägenpauschale +3,1 Prozent, Motorsägenpauschale für die Instandhaltung +3,1 Prozent, Einführung einer Geräteführerzulage von

1,25 Euro bzw. 1,56 Euro pro Stunde, Einführung einer Partieführerzulage von 1,25 Euro bzw. 1,56 Euro pro Stunde.

Kaffeemittelindustrie: KV-Löhne im Durchschnitt +2,2 Prozent, neuer Mindestlohn 1.464,31 Euro, Dienstalterszulagen in allen Kategorien +2,4 Prozent, Gesamtabschluss somit +2,3 Prozent, Begünstigungsklausel für Beibehaltung der Überzahlung.

Ab 1. April:

Textilindustrie: KV-Löhne +2,25 Prozent, Ist-Löhne +2,25 Prozent, aber mindestens 42,00 Euro (ergibt Ist-Lohn-Erhöhung bis +3,36 Prozent in den niedrigsten Lohngruppen, durchschnittliche Erhöhung +2,52 Prozent), Lehrlingsentschädigungen +2,25 Prozent, Reisekosten-, Trennungsentschädigung, Messgelder +1,9 Prozent, Betriebshandwerkerzulage +0,30 Euro, Erweiterung bezahlte Studienfreizeit zur Prüfungsvorbereitung auch für Meisterkurse, Angleichung der Lohnfortzahlung im Todesfall an Angestelltenregelung, Weiterführung der Gespräche zur Reform des Lohngruppenschemas.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Deutliches Einkommensplus in der Chemischen Industrie

Löhne steigen um bis zu 3,1 Prozent

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp konnten am 30. April in der dritten Runde der Kollektivvertragsverhandlungen der Chemischen Industrie einen richtungsweisenden Abschluss erzielen.

Das Ergebnis bedeutet eine deutliche Einkommenssteigerung für die rund 45.000 Beschäftigten. Dem Abschluss waren eine engagierte und entschlossene BR-Konferenz und Betriebsversammlungen vorausgegangen.

2,5 Prozent, mindestens 53 Euro. Die Mindestlöhne und -gehälter steigen in der Branche um 2,5 Prozent, die Ist-Löhne und -Gehälter werden ebenfalls um 2,5 Prozent angehoben, jedoch um mindestens 53 Euro. Dies ergibt eine Erhöhung der niedrigsten Löhne

und Gehälter von bis zu 3,1 Prozent. „Die BezieherInnen der unteren Einkommensgruppen konnten wir durch den Mindestbetrag besonders berücksichtigen und deren Löhne und Gehälter stark erhöhen. Ebenso stützt die Erhöhung der Zulagen um die KV-Erhöhung die Kaufkraft“, betonen die Verhandlungsleiter Alfred Artmayer (PRO-GE) und Roman Krenn (GPA-djp).

Der Geltungstermin für den neuen Kollektivvertrag ist der 1. Mai 2014. Die Laufzeit des Lohn- und Gehaltsabschlusses beträgt zwölf Monate.



Das Ergebnis im Detail:

- KV-Löhne und -Gehälter und Lehrlingsentschädigungen: +2,5 Prozent
- Ist-Löhne und -Gehälter: +2,5 Prozent, Erhöhung jedoch mindestens um 53 Euro
- Schicht- und Nachtarbeitszulagen: +2,5 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen und Messsegel: +1,78 Prozent
- Jubiläumsgeld: Umwandlungsmöglichkeit in Freizeit erstmals vereinbart
- Neuer Mindestmonatslohn: 1.755,35 Euro

3. KV-Runde ohne Ergebnis – Maßnahmen in Vorbereitung

KV-Papierindustrie: Arbeitskampf droht

Auch die dritte Verhandlungsrunde der Papier- und Pappe erzeugenden Industrie endete ergebnislos. Bei der am 24. April 2014 abgehaltenen Kollektivvertragsrunde gab es seitens der Arbeitgeber keinerlei Verbesserung des Angebots der letzten Verhandlung, das nicht einmal die Inflationsrate abgelten würde.

Das Angebot lag zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses weiterhin bei 1,78 Prozent und ist damit das bisher niedrigste Angebot aller Industriebranchen. Für die ArbeitnehmerInnenseite ist dieses Angebot inakzeptabel, da es nicht über die durchschnittliche In-

flationsrate der letzten zwölf Monate hinausgeht. Das haben sich die Beschäftigten in der Papierindustrie nicht verdient.

Kampfmaßnahmen in Vorbereitung. Die KV-Verhandlungen werden am 12. Mai fortgeführt. Für den Fall des Scheiterns der Ver-

handlungen bei diesem außerordentlichen Termin wurden bereits vorsorglich gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen vorbereitet. „Die Beschäftigten lassen sich nicht mit Lohn- und Gehaltserhöhungen abspeisen, die nach Abzug der Inflationsrate null Prozent Erhöhung betragen. Wenn am 12. Mai kein zufriedenstellendes Ergebnis auf dem Tisch liegt, werden wir alles Erforderliche unternehmen, um die berechtigten Forderungen der rund 8.000 Beschäftigten durchzusetzen“, bekräftigt der PRO-GE Verhandlungsleiter Peter Schleinbach.

Auf www.proge.at berichten wir aktuell über den weiteren Verlauf der Verhandlungen.

Mit Hochtechnologie zum Leader: Technoglas

Autoscheinwerfer aus der Steiermark

In der Weststeiermark hat die Glaskunst Geschichte und Tradition. Von den ersten Glasperlen 900 v. Chr. war der industrielle Wandel zu mit Kohle befeuerten Hütten im 19. Jahrhundert ein langer Weg. Auch im 20. Jahrhundert waren die Glasfabriken dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Zyklen unterworfen. Insgesamt ist es ruhiger geworden um die steirischen Schmelzöfen, dennoch konnte sich in diesem Umfeld eine noch recht junge Firma mit speziellen Glasprodukten zum international führenden Unternehmen entwickeln. 1986 erfolgte die Grundsteinlegung der Technoglas GmbH, heute fertigen rund 160 Beschäftigte in Voitsberg Streuscheiben, überwiegend für die Fahrzeugindustrie. Diese hochtechnologischen Glasprodukte haben nur mehr wenig gemein mit den Ursprüngen der Glasfertigungskunst.

Bei Technoglas hat man sehr früh erkannt, dass man durch Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze schaffen kann. Mit der Einführung einer 37-Stunde-Woche 1991 im vollkontinuierlichen Schichtbetrieb und neuen Schichtmodellen war das Unternehmen Vorreiter nicht nur in der österreichischen Glasindustrie, sondern auch anderen Branchen weit voraus. Damit konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Sorgen bereiten dem Unternehmen jedoch die wirtschaftlichen Unsicherheiten im Automobilssektor, von dessen Aufträgen man abhängt.





Im Betriebsrat wird viel Wert auf ein kollegiales Miteinander und auf die Ausbildung der BR-Mannschaft gelegt. „Alle unsere BR-Mitglieder haben zumindest die gewerkschaftliche Grundausbildung. Denn schließlich sind wir gewählt, um für die Beschäftigten im Betrieb da zu sein, das inkludiert auch die Anwesenheit des Betriebsrats durch die Schichten“, so der Arbeiterbetriebsratsvorsitzende Josef Kacherl.



Interview

„Manchmal würde ich am liebsten eine Revolution anzetteln“

Anlässlich der EU-Wahl am 25. Mai erklärt die Gewerkschafterin und EU-Abgeordnete Evelyn Regner, warum man wählen gehen sollte, wie sie sich ein ideales Europa vorstellt und wie wir die Wirtschaftskrise überwinden können.

Warum sollte man deiner Meinung nach am 25. Mai zur EU-Wahl gehen?

Unsere Entscheidungen im EU-Parlament betreffen direkt alle Menschen in Europa. Die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung und damit auch der EU-Wahl sind oft viel stärker als von Nationalrat, Landtag oder Gemeinderat.

Dazu kommt, dass wir als Abgeordnete direkt gewählt und daher auch direkt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich sind. Ich will keine marktkonforme Demokratie, sondern dass Märkte und Unternehmen demokratisch kontrolliert werden. Dafür brauchen wir einerseits ein starkes Parlament, wozu eine hohe Wahlbeteiligung notwendig ist. Andererseits brauchen wir dafür andere Mehrheiten. Wir haben erstmals seit Lan-

gem die Möglichkeit, eine Mitte-links-Mehrheit im EU-Parlament zu erreichen. Wir können es schaffen, einen Richtungswechsel herbeizuführen, mit vielen Stimmen für eine soziale EU, die das Wohl der ArbeitnehmerInnen über das der Wirtschaft stellt.

Du sitzt nun seit fünf Jahren im Europäischen Parlament. Was konntest du in dieser Zeit für ArbeitnehmerInnen erreichen?

Ich sitze eigentlich sehr selten, ich bin wirklich viel unterwegs, egal ob bei Betriebsbesuchen oder Diskussionen. Aber im Ernst: Im Parlament konnten wir einige Erfolge erzielen, die wichtig für ArbeitnehmerInnen in ganz Europa sind. Dazu zählen die Regulierung der Finanzmärkte, die Finanztransaktionssteuer, die Frauenquoten in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Dazu gehören auch die kleinen Schritte, die wir in puncto Bekämpfung von Lohn- und Sozialdum-

ping oder von Jugendarbeitslosigkeit setzen konnten.

Mir ist natürlich bewusst, dass die Fortschritte nicht so groß sind, wie ich sie gerne hätte. Manchmal würde ich am liebsten eine Revolution anzetteln. Aber die Mehrheiten in Europa waren in den letzten Jahrzehnten neoliberal orientiert. Daher muss man in Verhandlungen immer alles geben und versuchen, das Beste für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen und auf der Verteilungsseite wieder Fortschritte zu machen. Das habe ich gemacht.

Was muss auf europäischer Ebene passieren, damit wir endlich aus der Krise kommen?

Wir brauchen eine Schubumkehr in Europa. Die Sparpolitik der letzten Jahre ist gescheitert und hat sehr viel zerstört, was in den nächsten Jahren wieder mühsam aufgebaut werden muss oder vielleicht für immer verloren ist. Griechenland ist hier das beste bzw. traurigste Beispiel. Wir müssen in Europa wieder viel mehr investie-

» Märkte und Unternehmen demokratisch kontrollieren «





Eine Gewerkschafterin in Brüssel: Evelyn Regner kämpft an der Seite von Parlamentspräsident Martin Schulz für eine „Schubumkehr in Europa“.



ren. Es gibt auch konkrete Pläne, um über Infrastrukturmaßnahmen sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung, in Bildung etc. nicht nur nachhaltiges Wachstum zu schaffen, sondern vor allem die Beschäftigung wieder anzukurbeln. Eine vernünftige Industriepolitik, die auf Nachhaltigkeit und Innovation setzt, ist ein Schlüsselfaktor. Millionen von Jobs in Europa hängen direkt und indirekt davon ab.

Wie können wir die hohe Arbeitslosigkeit, speziell unter Jugendlichen, in den Griff bekommen?

Beschäftigung hängt zu einem großen Teil von den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen ab. Wenn wir es schaffen, diesen Umschwung zu vollziehen, dann können wir auch wieder mehr Menschen in Jobs bringen. Die Jugendlichen sind natürlich genauso ArbeitnehmerInnen. Sie brauchen also genauso oder noch viel dringender die

„**Wir müssen wieder viel mehr investieren**“

großen Lösungen auf EU-Ebene. Speziell für junge Menschen haben wir die europäische Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild geschaffen, die immerhin mit sechs Milliarden an EU-Mitteln unterstützt wird.

Mir ist besonders wichtig, dass nicht nur die jungen ArbeitnehmerInnen, sondern vielmehr die Arbeitgeber und der Staat Verantwortung übernehmen, um Jugendlichen neue Perspektiven und gute Jobs zu bieten. Es ist sicherlich keine Lösung, wenn junge Menschen schlecht oder gar nicht bezahlt ein Praktikum nach dem anderen machen. Das frustriert nur und führt zu nichts.

Wie sieht deiner Meinung nach ein ideales Europa aus?

Alle Menschen haben Jobs und zwar gute. Es gibt keinen Rassismus und keine Fremdenfeindlichkeit, weil wir einander in unserer Unterschiedlichkeit anerkennen und gut finden. (dm)

Evelyn Regner ist Gewerkschafterin und Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Ab 1996 war sie zuerst als Sozialpolitik-Expertin des ÖGB beschäftigt und ging dann nach Brüssel, wo sie über neun Jahre das dortige ÖGB-Verbindungsbüro leitete. Nach einer kurzen Rückkehr nach Wien wurde sie 2009 ins Europäische Parlament gewählt. Sie ist unter anderem stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

PRO-GE Frauen sorgen für frischen Wind
Cool bleiben

Der Sommer naht in großen Schritten. Und alle Jahre wieder ist die schönste und heiße Periode des Jahres der Erholung und Energiegewinnung gewidmet. Es sind Momente des Urlaubs und der gemeinsamen Freizeit mit seinen Liebsten.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge-frauen.at

Nach 25 Jahren im Arbeitsleben haben ArbeitnehmerInnen einen erhöhten Urlaubsanspruch von sechs Urlaubswochen, aber nur, wenn sie diese Zeit bei ein und demselben Arbeitgeber beschäftigt waren. Ansonsten müssen sich ArbeitnehmerInnen mit fünf Urlaubswochen im Jahr begnügen. Das ist unfair und spiegelt nicht mehr die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt wider, meint die PRO-GE Frauenabteilung.

Frauen stärker betroffen. Warum gerade Frauen verstärkt auf die sechste Urlaubswoche drängen, liegt auf der Hand. Früher war das Leben oft von geradlinigen Berufslaufbahnen geprägt. Das heutige Berufsleben jedoch ist durch viele Unterbrechungen gekennzeichnet. Die Zunahme von atypischer Beschäftigung und Zeitarbeit sowie der einmalige Jobwechsel machen die Anspruchsvoraussetzung auf eine sechste Urlaubswoche fast unmöglich. Frauen sind von diesen veränderten und schwierigeren Berufsumständen wesentlich stärker betroffen.

Die PRO-GE Frauen sorgen für frischen Wind in der Debatte um die sechste Urlaubswoche und verlangen, dass eine Änderung im Urlaubsgesetz die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln sollte. „Neben den Themen wie Gleichstellung und

Einkommensgerechtigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie ein Leben ohne Gewalt ist auch das Anrecht auf Erholung wichtig. Die sechste Urlaubswoche nach 25 Dienstjahren, unabhängig davon, bei wie vielen Unternehmen man beschäftigt war, ist eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung der Gesundheit“, so die PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl.

In den heißen Sommertagen sorgt der neue Fächer der PRO-GE Frauenabteilung für frischen Wind. PRO-GE Mitglieder können diesen bestellen unter:

PRO-GE Bundesfrauenabteilung
 Tel.: 01/534 44-69040
 Fax: 01/534 44-103288
 E-Mail: frauen@proge.at



Mammografie
„früh erkennen“

Das österreichische Brustkrebs-Erkennungsprogramm „früh erkennen“ startete am 1. Jänner 2014. Es bringt verbesserte Qualitätsstandards und einen einheitlichen Ablauf.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.frueh-erkennen.at

Das Programm richtet sich an gesunde Frauen zwischen 40 und 74 Jahren ohne Anzeichen einer Brustkrebserkrankung und löst die Früherkennungsmammografie im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung ab. Speziell geschultes Personal und modernste Geräte sichern die hohe Qualität der Untersuchungen.



früh erkennen

ÖSTERREICHISCHES BRUSTKREBS-FRÜHERKENNUNGSPROGRAMM

Einladung zur Mammografie. Für Frauen zwischen 45 und 69 Jahren soll die e-Card für die Vorsorge-Mammografie freigeschaltet werden. Zudem erhalten sie alle zwei Jahre automatisch eine Einladung zur Früherkennungs-Mammografie per Post. Frauen zwischen 40 und 44 Jahren sowie zwischen 70 und 74 Jahren können unter der **Service-Hotline 0800 500 181** eine Einladung veranlassen. Der Einladungsbrief ersetzt die ärztliche Zuweisung und ist sechs Monate gültig. Wichtig: Die Mammografie bei Beschwerden, bei Krankheitsverdacht, bei einer Brustkrebserkrankung oder im Rahmen der Nachsorge und bei familiär erhöhtem Risiko erfolgt weiterhin jederzeit und unabhängig vom Alter auf Zuweisung durch die Ärztin/den Arzt.

Service-Hotline: 0800 500 181 (Mo.–Fr. 8.00–18.00 Uhr)

Petition gegen Sparpläne in der Bildung

Genug gespart!

Unter dem Motto „Genug gespart! Her mit der Vermögenssteuer!“ hat die Österreichische Gewerkschaftsjugend eine Petition gegen die Sparpläne des Finanzministeriums gestartet. „Wir brauchen neues Geld für Bildung und Jobs für die Jugendlichen“, fordert PRO-GE Jugendvorsitzender Sascha Ernzt.



Banken füttern, Bildung kürzen?
Nein danke, Herr Finanzminister!

LINKTIPP:

Unterstütze die Petition: Mehr auf www.oegj.at

Wer bei der Bildung spart, schadet sowohl den jungen Menschen in Österreich als auch dem Wirtschaftsstandort“, übt Sascha Ernzt, Bundesvorsitzender der PRO-GE Jugend, heftige Kritik an den im Bundesbudget vorgesehenen Einsparungen im Bildungsbereich. „Das österreichische Bildungssystem

hat dafür keinen Spielraum, sondern im Gegenteil ordentlichen Verbesserungsbedarf.“ Denn Bildung ist ungerecht verteilt. Nur ein Drittel der Kinder schafft einen höheren Abschluss als die Eltern, der Grad der Bildung wird also „vererbt“.

Eine Frage der Gerechtigkeit. „Und Sparen bei der Bildung vergrößert die soziale Ungerechtigkeit noch mehr“, stellt der PRO-GE Jugendvorsitzende klar. Je geringer der Wohlstand, desto mehr benötigen Kinder

die Reformen, die der Sparkurs gefährdet: kleinere Gruppen, mehr LehrerInnen in der Klasse, ganztägige Schulformen, die teure Nachhilfe unnötig machen. „Das Finanzministerium steckt viel Geld in die Rettung der Banken, für Bildung und Jobs bleibt zu wenig übrig“, sieht Ernzt in Vermögenssteuern die einzige gerechte Lösung. „Nicht die Schülerinnen und Schüler sollen für das Versagen der Banken zahlen, sondern die Reichen, deren Spekulationen die Bankenkrise mitverursacht haben.“

Gemeinsames Projekt von TGM und PRO-GE Wien

Lernen für ein erfolgreiches Arbeitsleben

Am Wiener TGM steht einmal im Jahr die PRO-GE „auf dem Stundenplan“: Christian Illitz, Wiener Jugendsekretär der PRO-GE, informiert die Studierenden in der berufsbegleitenden Ausbildung über Gewerkschaften, Kollektivverträge und Arbeitsrecht.

tgm
Die Schule der Technik

„Die Schule der Technik“ nennt sich die 1879 als Technologisches Gewerbemuseum gegründete Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt in Wien 20 selbstbewusst. „Die Ausbildung am TGM soll die Studierenden für ein erfolgreiches Berufsleben rüsten. Dazu gehört nicht nur höchste fachliche Kompetenz, sondern auch das Wissen um das gesellschaftliche und rechtliche Umfeld der Arbeitswelt“, erklärt Mag. Dr. Gerhard Kletschka, Leiter der Höheren Lehranstalt für Berufstätige am TGM, warum er die PRO-GE eingeladen hat, einmal in jedem Studienjahr eine Unterrichtseinheit zu gestalten. „Das Angebot kommt sehr gut an, das Interesse ist groß“, fasst Kletschka die bisherigen Erfahrungen zusammen.

Win-win-Situation für alle Beteiligten. Das kann auch Christian Illitz bestätigen. „Die meisten wissen über die Gewerkschaft gut Bescheid. Es geht eher darum, den gesellschaftspolitischen Kontext gewerkschaftlicher Arbeit zu erläutern.“ Zweiter Schwerpunkt ist das Thema Arbeitsrecht. „Aus den Diskussionen kann ich sehr gut mitnehmen, welche Themen jungen Beschäftigten unter den Nägeln brennen“, sieht der Wiener PRO-GE Landesjugendsekretär auch einen großen Wert für die Gewerkschaftsarbeit. „Fast immer kommen zum Beispiel sehr konkrete Fragen zu Arbeitszeitregelungen und der korrekten Abrechnung von Überstunden.“ Die knapp zwei Stunden zu füllen ist jedenfalls kein Problem. „Im Gegenteil“, lacht Illitz.

Weiterlernen nach der Lehre

Die Höhere Lehranstalt für Berufstätige am TGM bietet ab September wieder berufsbegleitende Weiterbildung für die Bereiche Elektronik sowie Wirtschaftsingenieurwesen. Abschluss mit HTL-Matura, Studienberechtigung, nach drei Jahren Berufspraxis Standesbezeichnung Ingenieur und Gewerbeberechtigungen. Der Unterricht erfolgt an vier bis fünf Abenden pro Woche und ist kostenlos. Voraussetzungen: Mindestalter 17 Jahre, Pflichtschulabschluss.

Anmeldungen: TGM – Die Schule der Technik, Wexstraße 19–23, 1200 Wien, Tel.: 01/331 26. Mehr Information auf abendschule.tgm.ac.at

Achtung Kamera



Am 9. April wurde in Wien die neue PRO-GE Flotte an die Jugend- und Landesorganisationen übergeben. Insgesamt zehn Autos werden künftig sichtbar in Sachen ArbeitnehmerInnenvertretung auf Österreichs Straßen unterwegs sein.

Die PRO-GE Jugend mit slowakischen Kolleginnen und Kollegender OZ-KOVO. Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, die Unterschiede in den Bildungssystemen und die weitere gemeinsame Zusammenarbeit prägten das internationale Treffen.



Die jung gebliebenen PRO-GE Pensionisten konnten spannende Eindrücke bei der Besichtigung des Kalkbergwerks Steyrling gewinnen.

Parallel zur dritten Verhandlung in der Papier und Pappe erzeugenden Industrie wurde eine österreichweite BetriebsrätInnenkonferenz abgehalten. 130 Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben über weitere Maßnahmen beraten.



Bei einer Pressekonferenz am 29. April zeigten die SprecherInnen der Kampagne „Make Chocolate Fair!“ auf, dass leider immer noch nicht von Fairness in der Schokoladeproduktion gesprochen werden kann (siehe Seite 9).



Erst eine österreichweite BetriebsrätInnenkonferenz erzeugte bei den KV-Verhandlungen in der Chemischen Industrie genügend Druck für einen erfolgreichen Abschluss (siehe Seite 13).

Bildung wird bei der PRO-GE großgeschrieben. Im März wurden viele Kolleginnen und Kollegen bei der Diplom- und Zertifikatsverleihung ausgezeichnet. Auf dem Foto zu sehen: die BR-Manschaft von Siemens.



Demonstration der AGO-Beschäftigten
beim Wiener Rathaus



Arbeitskräfteüberlasser AGO

Erstmals Sozialplan für LeiharbeiterInnen

Nach dem Verlust eines Großauftrags des Wiener AKH hat der Arbeitskräfteüberlasser AGO 350 LeiharbeiterInnen gekündigt. Kleiner Lichtblick: Zum ersten Mal konnte bei einer Leiharbeitsfirma ein Sozialplan abgeschlossen werden.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Für die LeiharbeiterInnen von AGO, die im AKH für die Reinigung zuständig waren, bedeutet die Kündigung der Verträge des AKH mit AGO auch das Ende ihres Arbeitsverhältnisses. Dass AGO selbst keine adäquate Weiterbeschäftigung anbieten würde, war bereits absehbar. Der AGO-Betriebsrat, dessen Gründung vor zwei Jahren zu einem heftigen Konflikt mit der Unternehmensleitung führte, hat sich daher schon lange intensiv für eine Übernahme durch das AKH eingesetzt.

Unter dem Motto „Übernahme statt Fremdvergabe“ wurden 4.000 Unterschriften gesammelt, Demonstrationen organisiert und Betriebsversammlungen abgehalten.

Für die Fehler anderer bezahlt. „Die AGO-Beschäftigten haben im AKH seit Jahren gute Arbeit zur Zufriedenheit ihrer KollegInnen, ihrer Vorgesetzten und der PatientInnen des AKH geleistet“, zieht Betriebsratsvorsitzender David Lang bitter Bilanz. „Dass die seinerzeitige Vergabe an AGO heftig in der Kritik stand, lag nicht in ihrer Verantwortung. Trotzdem zahlen sie jetzt dafür drauf“, begründet Lang, warum eine Übernahme die sauberste Lösung gewesen wäre. „Bedauerlicherweise wurde das im Rathaus nicht so gesehen.“

Ansprüche gesichert. Ganz umsonst war die Anstrengung trotzdem nicht. „Durch den intensiven Kontakt mit den Beschäftigten während der ganzen Zeit konnten wir zumindest sicher stellen, dass die Betroffenen nicht auch noch um ihre Ansprüche umfallen, zum Beispiel indem sie sich zu einvernehmlichen Auflösungen überreden lassen“, sagt Langs Betriebsratskollege Raymond Karner. Auch von der Arbeitslosenunterstützung aus dem Sozi-

al- und Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen und der Gewerkschaftlichen Soforthilfe für PRO-GE Mitglieder haben die meisten erst durch den Betriebsrat erfahren. Letztendlich konnte sogar ein Sozialplan erstritten werden. „Ein Ersatz für den verlorenen Job ist das natürlich alles nicht, aber immerhin etwas finanzielle Unterstützung in einer schwierigen Zeit“, sagt Karner.

Erster Sozialplan in der Arbeitskräfteüberlassung. Der Abschluss eines Sozialplanes ist in diesem Fall keine Selbstverständlichkeit, erläutert PRO-GE Bundessekretär René Schindler. „Im Gegenteil, das ist meines Wissens der erste überhaupt bei einer Leiharbeitsfirma.“ Erreicht werden konnte dieser nur, weil die betroffenen AGO-Beschäftigten ein gemeinsames Vorgehen eingehalten haben. „Hätte ein größerer Teil in einvernehmliche Auflösungen eingewilligt, hätten wir kaum Druck auf das Unternehmen ausüben können.“ Der erste Sozialplan in der Arbeitskräfteüberlassung soll aber nicht der letzte sein. „Der Fall beweist: Auch in dieser Branche sind Sozialpläne möglich, wenn die Kolleginnen und Kollegen zusammenhalten.“

Hotel Bad Hofgastein *Familientage*

3 Nächte Halbpension ab € 192,00

Leistungen

- 3 oder 4 Halbpensionen mit reichhaltigem Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- Freie Benützung von Sauna & Dampfbad im Haus
- Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at, www.proge-urlaub.at

Reservierung & Information: Telefon (01) 53 444-69707 DW



2014

<http://www.proge-urlaub.at>

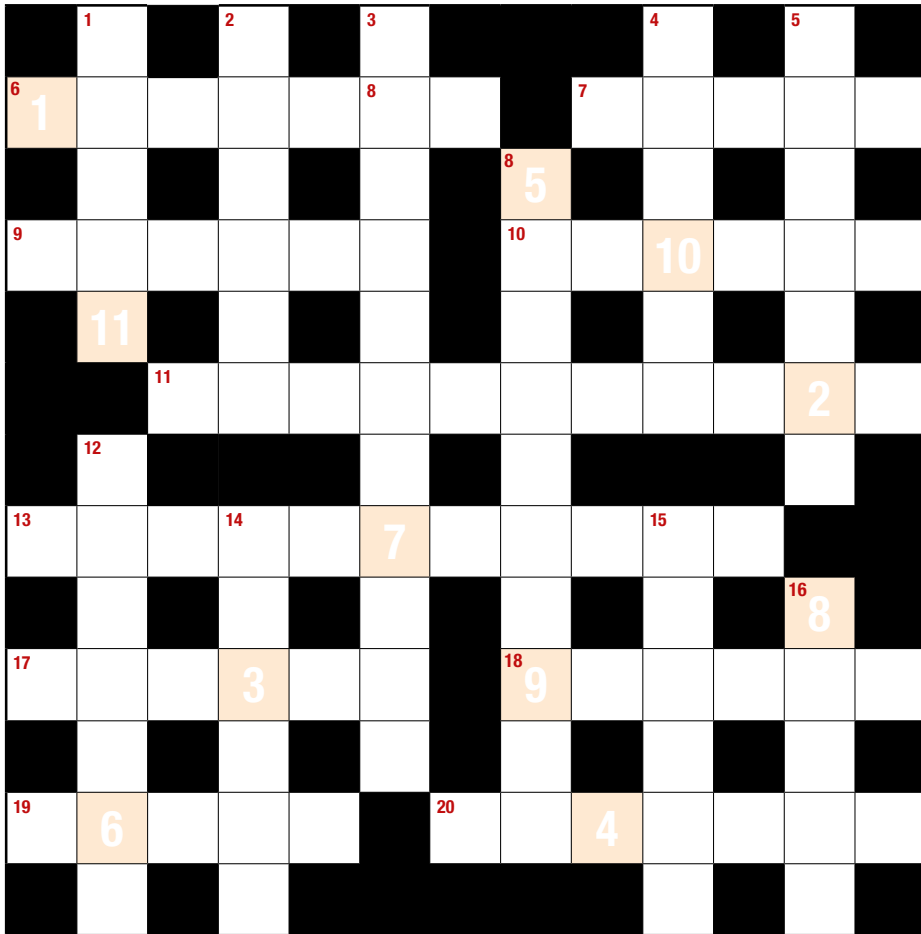
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

**einen hochwertigen Reisetrolley
im PRO-GE Design**

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein steiles Lösungswort.



Puzzle: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: FRUEHJAHR**

Die GewinnerInnen der Ausgabe 2/2014 GLÜCK AUF!

Hubert Dastl, 4291 Lasberg; Erika Spreitzer, 4090 Engelhartzell; Otto Kanzler, 8940 Liezen

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 12. Sept. 2014 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Sie müssen jetzt drauf achten, keinen Online-Rechnerfehler durchgehen zu lassen (siehe S. 11)
- 7 Hier ist die Lösung ausreichend(!)
- 9 Das Püppchen lässt sich zum Bartscherer (berühmt in Sevilla) R-weitern
- 10 Rücksichtnahme meist vergisst, wer nur stark als – (1–2 Wörter)
- 11 Sie haben das Vermögen – und wir die Steuerpläne dafür (siehe S. 4–5)
- 13 Hat doch nicht ganz 60 Minuten, die Lernzeiteinheit im Klassenzimmer
- 17 Fruchtbare Kopfbedeckung aus alter Londoner Tradition
- 18 Hülle für die Tuchent-Fülle findest du mithilfe der verwirrten *Lettin*
- 19 Was vom Lohne übrigblieb – davon hätten wir gern mehr (siehe S. 4–5)
- 20 Offer-bar: Sollte Leiharbeitskräften zur Übernahme nach sechs Monaten gemacht werden (siehe S. 8)

Senkrecht:

- 1 Nach dem Brenner einmal „Etsch“ gerufen, und du bist passer-nderweise in der Stadt?
- 2 Feine Festmischung: Im Partygäste-Allerlei/steht Promi neben –
- 3 Klingt irgendwie redundant: Was Arbeitskräfte laut AÜG werden?
- 4 Zum zweiten Mal „Etsch“ gerufen, und du findest hier (angeblich) Julius Balkon
- 5 Der Raubvogel hat anfangs etwas Verkehrsmittelartiges?
- 8 Wovon Regner auf S. 16 redet: die reinste Rebellion!
- 12 Ein solcher Blick wird aus Reh-Augen geworfen? Was ich mit Reibsand tu!
- 14 Wer auf Tauch-Station gehen will, braucht eins von diesen Fahrzeugen (Mz.)
- 15 Klingt nicht ganz g'scheit, die böhmische Mehlspeis' (Mz.)
- 16 Hier ist Elektrizität im Fluss(!)



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 _____ / / /
 Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür
 _____ /
 Postleitzahl Ort

Besten Dank

Dubiose Subvergaben vernichten Arbeitsplätze!

Aktuell akzeptieren ausschreibende Stellen Subvergaben an dubiose Firmen, obwohl nachweisliche Vergehen im Bereich Lohn- und Sozialdumping vorliegen. Die Folgen: Die Wertschöpfung geht verloren und Arbeitsplätze in Österreich werden vernichtet. Eine neue Sozialpartner-Initiative fordert, dass sich Vergaben am Bestbieterprinzip statt dem Billigstbieterprinzip orientieren sollen.



Eine **Sozialpartner-Initiative** von
3 Fachgewerkschaften und
12 Bundesinnungen

| Gewerkschaft BAU-HOLZ | Gewerkschaft PRO-GE | Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier |

| Bundesinnung Bau | Bundesinnung Bauhilfsgewerbe | Bundesinnung der Dachdecker, Glaser und Spengler | Bundesinnung der Elektro-, Gebäude-, Alarm- und Kommunikationstechniker | Bundesinnung der Hafner, Platten- und Fliesenleger und Keramiker | Bundesinnung Holzbau | Bundesinnung der Maler und Tapezierer | Bundesinnung der Metalltechniker | Bundesinnung der Kunststoffverarbeiter | Bundesinnung der Sanitär- und Heizungsinstallateure | Bundesinnung der Steinmetze | Bundesinnung der Tischler und der Holzgestaltenden Gewerbe |

sowie ...

| Arbeitsgruppe Grenzlandkonflikte | Güteschutzverband für Bewehrungsstahl | Heid Schiefer Rechtsanwälte |

www.faire-vergaben.at